

**Die Zukunft
gehört uns.**



**Für wen spricht
der Bund der
Steuerzahler?**



Worum es geht Was will der Steuerzahlerbund?

Der Bund der Steuerzahler e.V. kämpft...

- ...gegen die Verschwendung von Steuergeldern. Diese wird jedes Jahr im Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ angeprangert.
- ...für die sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Steuergeldern. Der Verein hält sich für befähigt, zu beurteilen, was „wirtschaftlich“ heißt. **Viele Mitglieder kommen aus dem Rechnungswesen...**

Der Bund der Steuerzahler e.V. tritt für...

- ...ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit gesenkten Steuer- und Abgabenbelastungen ein.
- ...einen leistungsfähigen und modernen Staatsapparat ein. **Dieser soll schlank sein und von den gesenkten Steuern bezahlt werden.**

Motto des Vereins:

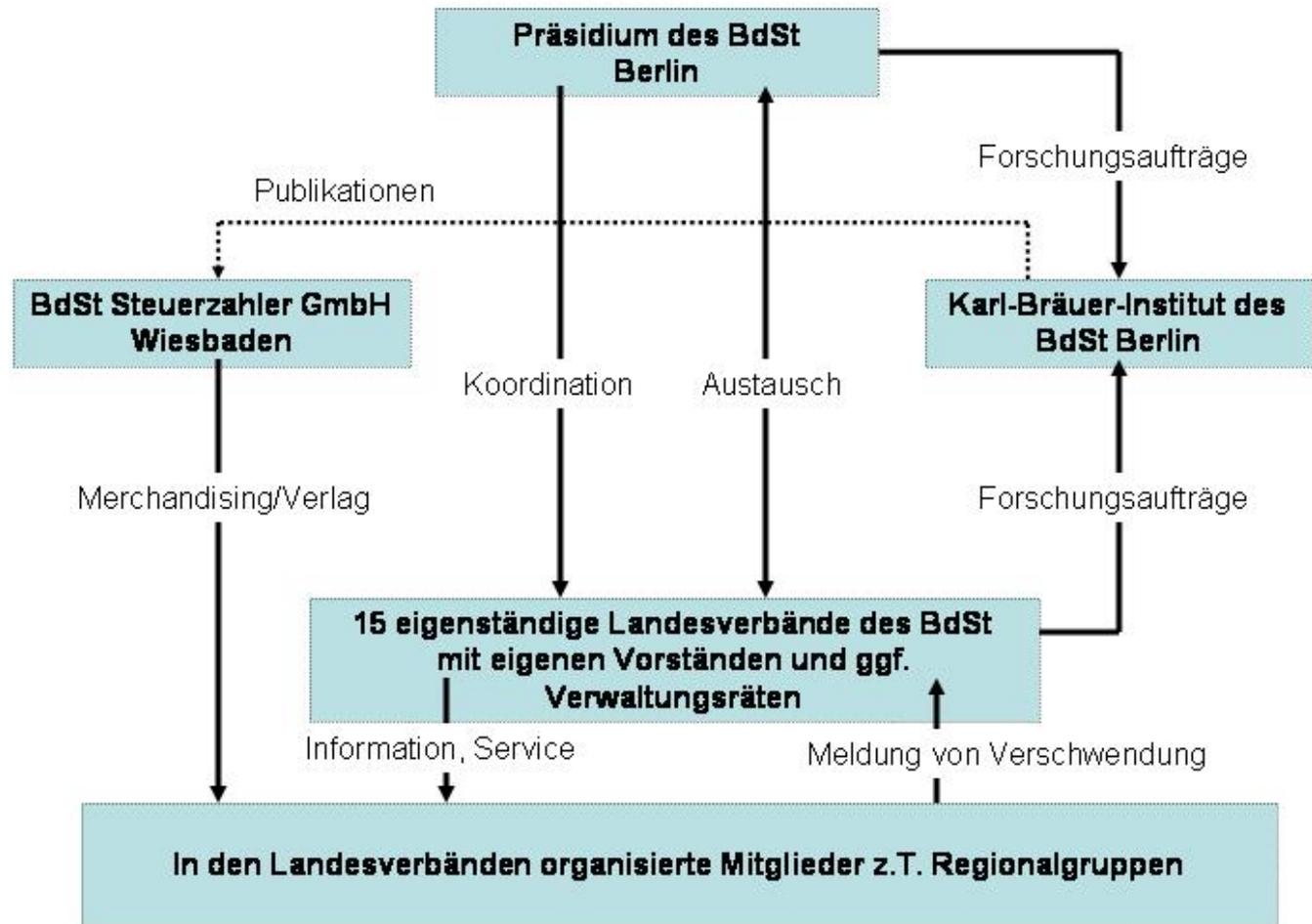
„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.“

Die Zukunft
gehört uns.





Die Struktur des Bundes der Steuerzahler



Die Zukunft gehört uns.





Unabhängig? So läuft die Mitgliederwerbung

Der Mann von der Hamburg-Mannheimer...

- ...stellt sich an den Haustüren **vertrauensbildend als Angehöriger des Bundes der Steuerzahler** vor, der Mitglieder werben will.
- Im Anschluss versucht er, Termine für die Versicherungsberatung zu vereinbaren, um seine **Versicherungen zu verkaufen**.

... ist ein perfekter Partner!

- Ein wichtiger Wirtschaftsbereich des Versicherungskonzerns ist die **Abdeckung des „steigenden Versorgungsbedarfes“**.
- Der Bund der Steuerzahler hilft mit, das gesellschaftliche und politische **Klima für den Abbau** der staatlichen Versorgungssysteme zu organisieren.
- Dann treibt der Verein die nunmehr Unterversorgten in die Arme seines strategischen Partners, der Hamburg-Mannheimer.

Mit den hohen Zielen der Gemeinnützigkeit und Überparteilichkeit ist diese Werbepaxis nicht zu vereinbaren.

Die Zukunft
gehört uns.





Je nach Interessenslage „Einfaches und gerechtes Steuersystem“:

Beispiel 1: Keine höhere Besteuerung von Firmenwagen!

- Denn eine Steuergrenze in Abhängigkeit vom Kraftstoffverbrauch bedeutet nur eine weitere „**Verkomplizierung des Steuerrechts**“.
- Das Steuerrecht eignet sich nicht für Umweltpolitik: „Die Bundesregierung muss ihre ökonomische und ökologische Irrfahrt beenden. Die Kraftfahrzeugsteuer **sollte gestrichen werden.**“

Beispiel 2: Erbschafts- und Schenkungssteuer

- Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Erbschaft- und Schenkungssteuer (Befreiung) „**bietet Chancen und Risiken** bezüglich einer aufkommensneutralen Lösung.“
- Mit „differenzierten Steuersätzen, Verschonungstatbeständen und höheren Freibeträgen können **verschiedene Vermögensarten** wegen d. Gemeinwohlbindung **steuerlich unterschiedlich** behandelt werden.“

Eine Verkomplizierung des Steuerrechts befürchtet der Verein bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Beispiel 2) nicht.

Die Zukunft
gehört uns.





Mal „Hü“, mal „Hott“ Verschwendung von Steuergeld?

Bibliotheken haben einen Markt- und keinen Staatsauftrag!

- „Muss das **Betreiben öffentlicher Bibliotheken** überhaupt noch als **öffentliche Aufgabe** im allgemeinen bzw. als kommunale Aufgabe im besonderen angesehen werden?“ (BdSt NRW 1994)
- Zur Ehrung der eifrigsten Leserin der Stadtbibliothek Göttingen 2004: „Die öffentliche **Ehrung** einer Spitzenausleiherin **setzt** eindeutig **falsche Signale**: Sie **animiert** diejenigen, die die Stadtbibliothek ohnehin bereits nutzen, **zu einer (noch) intensiveren Nutzung**“.

Geburtshaus des Papstes: Der Staat als Akteur am Markt!

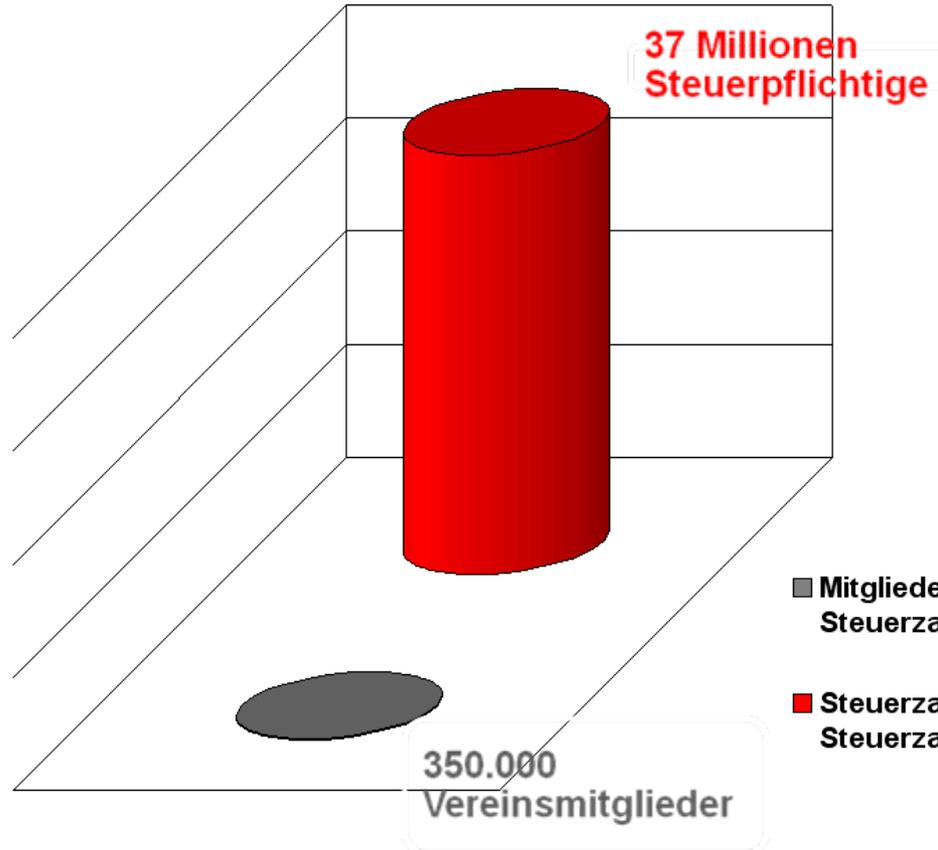
- Der **umstrittene Staatszuschuss freut** den Steuerzahlerbund: „Das Geld ist sinnvoll ausgegeben“.
- Denn „das **Geburtshaus des Papstes** ist für Markt schon ein **richtiger Wirtschaftsfaktor** geworden“.

Warum begrüßt der Verein den umstrittenen Millionen-Zuschuss des Freistaates Bayern zum Kauf des Papst-Geburtshauses?

Die Zukunft
gehört uns.



Gefahr einer Fehlentwicklung der Demokratie?



- Der Bund der Steuerzahler, das „**Finanzgewissen der Nation**“, ist ein **Verein mit rund 350.000 Mitgliedern**.

Die Zukunft gehört uns.



„Politiker binden solche Organisationen in wichtige Entscheidungen ein, weil sie denken, dass **große gesellschaftliche Gruppen hinter ihnen** stehen. Das aber ist meist gar nicht der Fall. Ihnen **fehlt schlicht die Legitimation**, im Auftrag ihrer vermeintlichen Klienten zu handeln“.



Einäugig: Die eingeschränkte Wahrnehmung

Das interessiert den Bund der Steuerzahler nicht:

- Verluste durch unternehmerische **Steuerhinterziehung, Bestechung, Korruption** mittels Verstößen gegen das Vergaberecht oder durch **Preisabsprachen** bei der Erstellung öffentlicher Bauten.
- Die **fünf Milliarden Euro**, die dem Bundesfinanzministerium 2006 verloren gegangen sind, weil es nicht genügend Personal zur Verfügung hatte, um Vollstreckungsmaßnahmen gegen **nicht auffindbare Steuerpflichtige** durchzusetzen – fünf Milliarden, die der Staat hätte sparen können!
- Die **mangelnde Steuerzahlermoral**.
- Die **fehlende Transparenz** durch Kontrollinstanzen in **Satzungen bzw. Geschäftsordnungen**.
- Die **Einführung eines Lobbyistenregisters**.
- Die **Trockenlegung von Steueroasen**.

Es geht nicht darum, privatwirtschaftliche Steuerschlupflöcher zu ahnden: Der „Veruntreuer“ ist stets der Staat!

Die Zukunft gehört uns.





Das unkritische Medienecho



"Staat verschwendet Milliarden"
"Schwarzbuch": Steuerzahlerbund warnt vor wachsender Misswirtschaft



HASTE MAL'NEN EURO
Steuerzahlerbund
Staat verheizt Milliarden

Menschen der Wirtschaft **wiwo.de**
Steuerzahlerbund zählt 107 Misswirtschafts-Fälle auf

Süddeutsche Zeitung
Daher: Die Milliardengräber des Staates

SPIEGEL ONLINE
Milliardenteure Schildbürgerstreiche

Perspektive Mittelstand
Staat sorglos im Umgang mit dem Geld der Bürger – Bund der Steuerzahler stellt neues Schwarzbuch vor

die tageszeitung

46.220.320.800 Euro – die Sie bezahlen werden

DIE ZEIT

Staatsausgaben: Steuerzahlerbund warnt vor zunehmender Misswirtschaft

Frankfurter Allgemeine
FAZ.NET

Staatsausgaben
Steuerzahlerbund beklagt Milliarden-Verschwendung

manager-magazin.de

Staat verplumpert Milliarden



30 Milliarden Euro öffentliche Gelder verschwendet

Frankfurter Rundschau

Wie der Staat sein Geld verschwendet

taz.de

"Staat verschwendet 30 Milliarden"

WELT ONLINE

STEUERZAHLER-SCHWARZBUCH
Wie der Staat 30 Milliarden Euro verschwendet

n-tv

Jung ist "Schleuder-Sachse"
Staat verpulvert Milliarden

FOCUS MONEY

Ablage P

REUTERS

Verband beklagt Milliarden-Verschwendung von Steuern

TAGESSPIEGEL

Staatsausgaben
Steuerzahlerbund warnt vor zunehmender Misswirtschaft

Süddeutsche Zeitung
Tag der Steuerzahler
Schwarzer Freitag



Bund der Steuerzahler prangert Verschwendung an

Frankfurter Rundschau

"30 Milliarden Euro verschwendet"

Die Zukunft gehört uns.



Der Bund der Steuerzahler „deckt die Missstände auf“ – Die Medien beziehen gegenüber dem Staat „kritisch“ Position.



Wer im Glashaus sitzt, sollte...
... **besser nur mit Watte schmeißen...**

Die Mehrfachbezüge des Präsidenten Däke...

- Er bezieht drei Gehälter: Im Bundesvorstand ca. 88.000 €, als Vorsitzender des Karl-Bräuer-Instituts ca. 46.000 €, als Vorstandsmitglied des Vereins in NRW ca. 51.000 € = 185.000 €
- Er erhält als Beirat der Hamburg-Mannheimer jährlich 8.000 €, für Vorträge und Aufsätze jährlich zwischen 10.000 und 15.000 €
- Nach internen Vorwürfen prüfte die Staatsanwaltschaft Wiesbaden die Einleitung eines Verfahrens wegen Untreue und Amtsmissbrauch.

Der Umgang mit Mitgliedsbeiträgen...

- Der Berliner Vorsitzende häufte bis 2005 eine Million € zum Kauf einer Immobilie an. 14.000 Mitglieder x 2 Jahre = 1.000.000 €
- Viele Berliner Mitglieder hätten das Geld gerne für die Vereinsarbeit verwendet gesehen – schließlich ist der Verein „gemeinnützig“.
- Reaktion: „Wer mit der Amtsführung unzufrieden ist, kann austreten!“

Gelten die hohen Maßstäbe, die der Bund der Steuerzahler für die Politik anlegt, für den Verein selbst etwa nicht?

Die Zukunft
gehört uns.





Jugend!

Mal Autorität – mal belächelt: So, wie es den Medien gerade passt...

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHENER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Moralapostel in Nöten

impulse

Blenden für Spenden

DER TAGESSPIEGEL

Kontrolleure außer Kontrolle

Frankfurter Rundschau

Kritik am Bund der Steuerzahler
Immer die gleiche Summe?

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef

die tageszeitung

Chefsteuersparer soll vor Gericht

NETZEITUNG.DE
«Ob eine oder 30 Milliarden, ist egal»

die tageszeitung

Steuersparer angezählt

mz-web.de

Wird immer die gleiche Summe verpulvert?

DER SPIEGEL

Drohen, giften, geifern

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHENER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Razzia beim Steuerzahler-Präsidenten

DER TAGESSPIEGEL
Steuer-Bund: Verwaltungsrat vor Gericht Kaufmann bestreitet, Geld veruntreut zu haben

die tageszeitung

"Ein sehr hauptamtliches Einkommen"
Steuerwächter schreiben Vorsitzenden ab

Frankfurter Rundschau

Durchsuchungen beim Bund der Steuerzahler

DER SPIEGEL

Selektive Empörung
Der Bund der Steuerzahler schießt manchmal übers Ziel hinaus

Frankfurter Rundschau

Kritik an Präsident Däke wegen Mehrfachverdienst

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHENER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Steuerzahlerbund hatte keinen Einfluss
Zum Bericht „Steuerzahlerbund: Neues Schulhaus verhindert“

Frankfurter Rundschau

Reichlich Häme für den "Saubermann der Nation"

die tageszeitung

Oberster Steuerspar-Apostel am Pranger

Die Zukunft gehört uns.



Der Bund der Steuerzahler ist nicht glaubhaft, aber immer für eine Schlagzeile gut!



Der Bund der Steuerzahler – die Interessenvertretung aller?

Der Verein beschwört einen Gemeinschaftsgedanken...

- Wir sitzen alle in einem Boot. Unsere **gemeinsame „Bürde“** ist, dass wir alle Steuern zahlen müssen.
- Was müssen wir uns nicht noch alles vom **„verschwenderischen Staat“** gefallen lassen?
- **Würde der Staat sich auf seine Kernaufgaben beschränken** und die unsichtbaren Marktkräfte walten lassen, **ginge es allen besser.**

... und stößt ihn gleich selbst wieder um!

- Die Forderung, weniger Geld z.B. für Bildung und Kultur auszugeben, geht **gegen den Gemeinschafts- und Solidaritätsgedanken!**
- Die **Unantastbarkeit privatwirtschaftlichen Handelns** und die ständige Forderung nach Privatisierung bringt der Gemeinschaft aller Steuerzahler nichts – sie ist **nur „ertragreich“ für die private Wirtschaft.**

**Der Verein gibt vor, die Interessen aller Menschen zu vertreten.
Real stellt er privatwirtschaftliches vor staatliches Handeln.**

Die Zukunft
gehört uns.





Verschleierung der Ziele: Was will der Verein wirklich?

Lobbyarbeit und mediale Kampagnen sind legitim, aber...

- Der Verein „verkauft“ seinen Kampf gegen Verschwendung, hohe Steuern, Korruption und Misswirtschaft als die Gegenwehr eines legitimierten Verfechters der Steuergerechtigkeit.

In Wirklichkeit führt er aber einen **Kampf für den Abbau des Sozialstaates, für Privatisierung und Liberalisierung.**

- Die Privatisierung öffentlichen Eigentums – unseres gemeinschaftlichen Besitzes! – **enteignet uns und verteuert in Zukunft unsere Ausgaben für bisher öffentliche Leistungen** (z.B. Wasser, Müll, Schwimmbad)!
- Die **wirklichen Skandale der Republik** sind hohe Boni, Abfindungen bei Unternehmenspleiten, Massenentlassungen bei Rekordgewinnen etc. Die interessieren den Verein nicht – denn sie passieren ja privat.
- Der Bund der Steuerzahler ist ein **Manipulator** – neben vielen anderen (z.B. Bertelsmann-Stiftung, INSM GmbH, Bürgerkonvent) - **des verbliebenen Sozialstaats**, der auf unsere Kosten Politik „gestaltet“.

Der Bund der Steuerzahler bewirkt – im Geleitzug mit anderen – den schleichenden neoliberalen Umbau der Gesellschaft

Die Zukunft gehört uns.





Grundpositionen im Vergleich

	Bund der Steuerzahler	IG Metall Jugend
Höhe der Steuerbelastung	je geringer die Steuern und Abgaben, desto besser	Solidaritätsprinzip – Starke unterstützen Schwache!
Höhe der Staatsausgaben / Verteilung der aktuellen öffentlichen Aufgaben	Mehr „Eigenverantwortung“ der Bürger – mehr Chancen für private Anbieter	Nicht die Chancen von privaten Anbietern sind wichtig, sondern die der Menschen!
Staatsverschuldung	Prinzipielles Verbot der Kreditfinanzierung öffentlicher Haushalte	Soziale Sicherung der Menschen sicher stellen!
Finanzierung der Politik	Einsparungen beim politischen Personal – mehr Klasse als Masse	Demokratie für 80 Millionen Menschen zu organisieren kostet auch Geld!
Verschwendung von Steuern	"Fehlgeleitete" Verwendung als Straftatbestand - Abschreckungseffekt und Signal	Fehlleitung ist schlimm, doch ein Klima der relativen Verschwendungsangst ist schlimmer und lähmt!

Die Zukunft
gehört uns.



Die Positionen des Bundes der Steuerzahler zielen auf die strikte Begrenzung öffentlicher Aufgaben ab!